



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/139

Bonn, den 19. Juni 195

Hinweise  
auf den Inhalt:

Nach den französischen Wahlen	S. 1
Versorgung in England und Deutschland	S. 3
Sowjetzonenarbeiter wehren sich	S. 4
Wer lügt nun ?	S. 5

## Wo stehen die Unabhängigen ?

P.R. Nach den ersten Analysen der französischen Wahlen beherrscht die Frage ihrer Auswirkungen die öffentliche Diskussion. Die straffere Zusammenfassung der französischen Volksvertretung auf eine geringere Zahl von Parteien und Gruppen hat die politische Situation im Grunde nicht vereinfacht. Freilich besteht zunächst der Eindruck, daß die Mittelparteien es schaffen werden, eine neue Regierung zu bilden, mit direkter Unterstützung oder unter Duldung der nach Sitzen zweitstärksten Partei, der Gruppe der Demokratischen Union der Unabhängigen (UDI), kurz Unabhängige genannt.

Auf die Haltung dieser Gruppe wird es überhaupt stark ankommen, einmal wegen ihrer ziffernmäßigen Stärke, dann wegen ihrer Position zwischen den Mittelparteien und den Gaullisten. Die Kommunisten dürften mit ihren 96 Mandaten ziemlich isoliert bleiben, wie sie es schon in fast doppelter Stärke im bisherigen Parlament waren. Die Unabhängigen sind das, was man in Frankreich die klassische Rechte nennt. Sie bestehen im wesentlichen aus konservativen, zum Teil allerdings ultra-konservativen Kreisen des Bürgertums, aus Vertretern des Handels, der Industrie und vor allem des Bauernstandes. Diese Gruppe wird ihr politisches Gewicht in den kommenden Gesprächen über die Regierungsbildung damit begründen, daß sie stärker ist als jede der drei Mittelparteien, wenn es sich gegenüber den Sozialisten auch nur

um einen Unterschied von vier Sitzen handelt. Sie wird mit Forderungen kommen, die sehr weit gehen und die insbesondere eben für die SFIO in gewissen Punkten schwer erfüllbar sein werden. Die Unabhängigen werden vermutlich auch das Argument anführen, daß diesmal in dem klassischen Land der Linken ein Rechtsruck unverkennbar ist und sie werden sagen, daß auch dieser Tatsache Rechnung getragen werden müsse. Wie lange unter diesen Umständen die Kombination zwischen der Mitte und der gemäßigten Rechten halten wird, ist eine offene Frage.

Manche Kenner der innerspolitischen Verhältnisse in Frankreich versichern, die Unabhängigen stünden gewiß weit rechts, aber sie seien absolut zuverlässige Republikaner, die jedes gefährliche politische Experiment schon aus ihrer Tradition ablehnen. Andere bezweifeln diese unbedingte Verlässlichkeit der Unabhängigen, von der viele Anhänger ohne Zweifel für den Gaullismus recht anfällig seien, auch wenn sie sich diesmal noch nicht klipp und klar für ihn entschieden hätten. Diese Leute seien der Ansicht, daß gegen die Kommunisten, die den Stimmen nach immer noch die stärkste Partei in Frankreich geblieben sind, auf die Dauer eine Gruppierung der Mittelparteien sich nicht als ausreichendes Kernstück der antikommunistischen Kräfte bewähren werde. Daß man diese Sicherheit schließlich nur durch eine Zusammenfassung der ganzen Rechten, einschließlich der Partei de Gaulles schaffen könne. - Freilich würde auch eine solche Kombination zwischen Gaullisten und Unabhängigen für eine Regierungsbildung nicht ausreichen. Aber im Rahmen einer solchen Tendenz könnte sich Zuzug aus anderen Gruppen einstellen, zumal wenn man bedenkt, daß das so hart geschlagene MRP fast die Hälfte ihrer früheren Wähler ja bereits diesmal abgeben mußte, zum ganz überwiegenden Teil an de Gaulle.

Die innerpolitische Situation, aufs Ganze gesehen, ist also nicht unähnlich der in Deutschland in den Jahren vor der Machtergreifung durch die Nazis, und es fehlt nicht an Stimmen, die in Frankreich so etwas Ähnliches wie die Harzburger Front im Reifen sehen. Das wäre eine sehr gefährliche Sache, für Frankreich selbst, ebenso aber für ganz Europa. Gewiß - es hätte schlimmer kommen können. Aber es stimmt auch, zu sagen: viel schlimmer hätte es nicht kommen dürfen. Dieses schlimmere Ergebnis könnte einmal durch vorzeitige Neuwahlen eintreten. Es wäre aber bereits gegeben, wenn ohne sie unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im Parlament eine Kombination zustande käme, deren Kernstück eine Verbindung von Gaullisten und Unabhängigen wäre. So gesehen haben die französischen Wahlen nur eine vorübergehende, keineswegs aber eine dauernde Beruhigung gebracht.

## Sanfter Tod einer Legende

### Brief unseres Londoner B.C.-Korrespondenten

Der kürzlich veröffentlichte Bericht der O.E.E.C. zeigt in düren Zahlen, daß die seit Jahr und Tag von der konservativen Presse Englands und des Auslandes gepflegte Legende, die Briten seien im Vergleich mit ihren kontinentalen Nachbarn elend und halbverhungert, im Lichte der nackten Tatsachen einfach nicht bestehen kann. Dem Bericht zufolge ist z.B. Großbritannien außer Schweden das besternährte Land Europas, das je Kopf der Bevölkerung mehr Eiweißnahrung verspeist, als die hauptsächlich von Brot und Kartoffeln abhängigen Festländer. Auch zeigen diese unabhängigen, von jeglicher Propaganda freien Zahlen, daß von all den unter Kriegsschäden leidenden Ländern Großbritannien am meisten gebaut hat, um Bombenschäden wiedergutzumachen und mit den Bedürfnissen einer steigenden Bevölkerung (und der durch Vollbeschäftigung höher geschraubten Ansprüche der einzelnen Familien) Schritt zu halten.

Dieser Bericht ist in Großbritannien wenig publiziert worden. Die Massen-Presse, der er nicht in die anti-Labour Linie paßt, hat ihn völlig ignoriert, und selbst ein sonst so anständiges, die Tatsachen ehrendes Blatt wie die "Times" erwähnt ihn lediglich mit einigen Zeilen auf einer Nebenseite. Das einzige Rechtsblatt, das auf diese Angaben hinweist, ist der liberal-unabhängige "Observer".

Es ist nicht nur ein Jammer, es ist geradezu gefährlich, daß die Völker übereinander mehr Touristenmärchen zu hören bekommen, als ernsthafte, verantwortungsbewusste Tatsachenberichte. Kommt ein englischer Tourist oder Geschäftsmann nach Deutschland, wo er auf Spesenrechnung im Hotel lebt und mit autofahrenden, champagnertrinkenden Geschäftsfreunden in Berührung kommt, nicht aber mit der breiten Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, so ist es nur natürlich, wenn er ein schiefes Bild erhält. Er sieht in den Fleischerläden die Schinken und Speckseiten zu freiem Verkauf hängen, und denkt wehmütig an die 5 Unzen (140 g) Speck, die jeder Rationstuchbesitzer daheim zu lächerlich billigen Preisen jede Woche bekommt - nicht aber an die Lohntüte, die in der Bundesrepublik das einzige Rationierungsmittel darstellt. Er delectiert sich an Rumpsteaks und Schlagsahne - daheim ist Fleisch rationiert und billig, und Sahnebereitung nur von Mai bis Juli erlaubt - und wöhnt sich im Paradies. Daheim in England setzt er sich hin und schreibt einen Artikel im "Evening Standard" mit der knalligen Überschrift: - "Herr Schmidt kann zweimal täglich Fleisch essen!", ohne aber den Grund zu erwähnen, nämlich, daß Herr Müller dafür überhaupt kaum Fleisch zu sehen bekommt, weil er es nicht bezahlen kann, und schließt mit der wütenden Frage: "Wer hat denn nun eigentlich den Krieg gewonnen?"

Untersucht man über die Lebenshaltung der breiten Massen, - wieviele Kinder in den jeweiligen Ländern ihren täglichen Liter Vollmilch bekommen, und wieviele Kaffeeschwester ihre Schlagsahne, dann fällt die Touristenlegende vom "armen, hungernden England" zusammen wie ein Kartenhaus und die zielbewußte, wenn auch nicht immer populäre Wirtschaftspolitik der Labourregierung erweist sich als gerechtfertigt durch ihren Zweck: die Erhaltung des Lebensstandards der arbeitenden Massen und des Mittelstandes.

Die Arbeiteropposition in der sowjetischen  
Besatzungszone

O.B. Seit kurzem ist in der Sowjetzone der zweite Teil der SEP-Kontrollaktion angelaufen, die am 17. April kurzfristig gestoppt worden war. Auf der 5. Sitzung des ZK der SEP hatte Hermann MATERN, der Leiter der SEP-Parteikontrollkommission, an der Arbeit der bisherigen Überprüfungscommissionen scharfe Kritik wegen ihrer "versöhnlichen" Haltung geübt und eine Neubesetzung dieser Kommissionen gefordert.

Die Ursachen des Scheiterns der kommunistischen Absichten liegen ohne Zweifel in der traditionellen Bindung der deutschen Arbeiterbewegung an ihre geistige Entwicklung, von der sich auch viele Kommunisten nicht in dem Tempo und Maße freimachen können, wie es von ihnen gefordert wird. Die Ablehnung des kommunistischen Regimes gerade in Arbeiter-Kreisen, auf die sich die SEP zu stützen vorgibt, bereitet den kommunistischen Machthabern schwerstes Konfzerbrechen. Fünf Jahre Os.zonenpolitik haben ausgereicht, um die SEP zu einer "Partei ohne Proletariat" zu machen, deren Mitgliedschaft nur zu 30% aus Arbeitern, aber zu 70% aus Angestellten der Behörden und der volkseigenen Industrie besteht.

Das rapide Anwachsen der Opposition in der Sowjetzone hat sich vor allem in den letzten Wochen und Monaten in spontanen Aktionen geäußert. Am 29. Mai 1951 kam es im Leunawerk in Merseburg im Verlaufe der Diskussionen über den neuen Kollektivvertrag zu schweren Zusammenstößen. Die Mehrzahl der Arbeiter hatte ihre offene Ablehnung gegen die bevorstehende Senkung der Leistungslöhne zum Ausdruck gebracht. Als ein BGL-Funktionär daraufhin die Belegschaft als "Saboteure" bezeichnete, kam es zu Tumulten und Unruhen, zu deren Niederschlagung die Werksleitung Volkspolizeikommandos und Einheiten der Sowjetarmee anforderte, die mit Karabinern und Knuppeln gegen die Arbeiter vorgingen. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt. Bereits einige Wochen vorher, am 1. Mai 1951, war es in Buttstädt im Kreise Weimar zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern, Bauern und der Volkspolizei gekommen, als die Bewohner des Dorfes die Freilassung eines ohne Angabe von Gründen verhafteten Arbeiters forderten. Mehrere der

Volkspolizisten wurden verletzt, sieben der Demonstranten zu Strafen von insgesamt 34 Jahren verurteilt. In allen Betrieben der Sowjetzone mehren sich die Sabotageakte, vor allem in den Betrieben, die für die kommunistische Aufrüstung arbeiten. In der Wismut A.G. kommt es immer wieder zu Prügeleien zwischen Bergarbeitern und Volkspolizisten, bei denen die Arbeiter selbst von ihren Gesteinshämmern Gebrauch machen. In einer Stellungnahme zum Ergebnis der Volksbefragungskampagne mußte das "Neue Deutschland" zugeben, daß die aktive Teilnahme in den breiten Schichten der Betriebsbelegschaften besonders gering war.

Die SEP und vor allem die Sowjets kennen die Gefahr, die sich für sie daraus ergibt. Die letzten Vorkommnisse haben gezeigt, daß es nur eines leichten Windstosses bedarf, um den schwelenden Brand der passiven Resistenz zum offenen Feuer der Unruhe und Auflehnung aufflackern zu lassen. Die SEP kennt gegen diese Einstellung und ihre offenen Ausbrüche, die so anders aussehen als das 90 Prozent-Ergebnis der Volksbefragung, nur ein Mittel: durch neue Kontrollen und neuen Terror die etwaigen Führungskräfte des antikommunistischen Widerstandes vorbeugend zu liquidieren. Diesem Zweck allein dienen die neuen Säuberungsmaßnahmen. Schon heute aber kann der Versuch als gescheitert gelten, die Arbeiterschaft zu einer Stütze des kommunistischen Sowjetzonenregimes zu machen. Eines Tages wird die SEP-Leitung das Fehlschlagen dieser Bemühungen bekennen müssen.

+ + +

#### E i n e r l ü g t

(sp) "Ich habe", so schrieb Bundesminister Hellwege, Bundesvorsitzender der DP, berichtend dem "Spiegel", "niemals selbst oder durch irgendwelche Mittelsleute bei Dr. Dorls eine Anfrage (über die Beteiligung der SRP an einer Rechtsregierung) gestellt. Eine persönliche Aussprache zwischen ihm und mir hat bis heute nicht stattgefunden".

"Vor der Wahl", so erklärt Graf Westarp vom Parteivorstand der SRP, daraufhin befragt, unserem Mitarbeiter in Hannover, "haben Gespräche zwischen Minister Hellwege und mir sowie zwischen Dr. Dorls und Dr. Seeborn stattgefunden. Nach der Wahl haben die üblichen Fühlungen zwischen der SRP-Fraktion und der NU-Fraktion (Niederdeutsche Union) stattgefunden; das gehört mit zum Geschäft, wir haben ja auch mit dem BHE Fühlung gehabt".

Verantwortlich: Peter Raunau